

Finanzstabilität

Fortschritte bei NPL-Abbau

Spötter würden sagen: Ausnahmsweise mal gute Nachrichten aus Brüssel. Wie die EU-Kommission mitteilte, haben Europas Banken ihren Bestand an notleidenden Krediten im abgelaufenen Jahr weiter verringert. Und zwar spürbar. Das Gesamtvolumen der Non-Performing Loans (NPL) liegt laut dem 4. Fortschrittsbericht über die Reduzierung notleidender Kredite in der gesamten EU nach Berechnungen der Europäischen Zentralbank (EZB) bei 786 Milliarden Euro. Das entspricht einer NPL-Quote von etwa 3,3 Prozent, gemessen an den gesamten ausstehenden Krediten. Damit haben die Institute ihre Bestände an notleidenden Krediten innerhalb von drei Jahren um rund 133 Milliarden Euro verringert, die NPL-Quote hat sich seit 2014 sogar halbiert und nähert sich dem Wert vor der Finanzkrise, als er bei unter 3 Prozent lag.

Allerdings sind die Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern noch enorm. Deutschland weist eine Quote von schlanken 1,6 Prozent aus, Frankreich von 2,8 Prozent und Spanien von 4,0 Prozent. Auf der anderen Seite stehen 43,5 Prozent für Griechenland, 21,8 Prozent für Zypern, 11,3 Prozent für Portugal und 9,5 Prozent für Italien. Aber die EU-Kommission hält fest und will es auch als Erfolg gewertet wissen, dass sich bei allen Ländern die Belastungen durch notleidende Kredite verringert hätten.

Aber der 4. Fortschrittsbericht warnt auch: „Trotz deutlicher Verbesserungen bleiben hohe NPL-Quoten in einigen Mitgliedstaaten eine Herausforderung und verdienen weiterhin Aufmerksamkeit. In der heutigen Mitteilung werden die Mitgliedstaaten und das Europäische Parlament aufgefordert, die Arbeiten an den ausstehenden Vorschlägen zu beschleunigen, um die Maßnahmen der EU zur Lösung dieses Problems zu ergänzen. Es wurden bereits wichtige Schritte zur vollständigen Umsetzung des EU-Aktionsplans zur Bekämpfung der hohen NPL-Bestände unternommen. Die Kommission fordert die Mitgesetzgeber jedoch auf, sich rasch auf die vorgeschlagenen Maßnahmen zum Benchmarking der einzelstaatlichen Rahmenbedingungen für die Durchsetzung und Insolvenz von Krediten zu einigen und sich stärker auf die Insolvenz im

Rahmen des Europäischen Semesters zu konzentrieren.“

Denn es sei mittlerweile breiter Konsens, dass hohe NPL-Bestände letztendlich negative Auswirkungen auf die Kreditvergabe der Banken an die Wirtschaft hätten, da die betroffenen Banken mit Bilanz-, Rentabilitäts- und Kapitalproblemen konfrontiert seien. In der Tat weiten die Banken ihre Kreditvergabe aus. Im April wurden 3,9 Prozent mehr Darlehen ausgereicht als zum gleichen Zeitpunkt ein Jahr zuvor. Auch die Ausleihungen an Privathaushalte legten zu, und zwar um 3,4 Prozent. Für einen noch stärkeren Fortschritt sowohl beim Abbau notleidender Kredite wie auch bei einer weiteren Zunahme der Darlehen bedarf es allerdings besserer konjunktureller Rahmenbedingungen. Und hier sind die Prognosen bekanntermaßen alles andere als optimistisch.

Deka

Kluger Schachzug

Man muss die Welle reiten, bis sie bricht, heißt es so schön. Das denken sich auch viele Anleger und wollen weiterhin fleißig in Immobilien investieren, und zwar nicht nur direkt, sondern auch indirekt mittels Immobilienfonds. Verspricht doch das Betongold wenigstens ein kleines bisschen Rendite auf das Ersparte. Entsprechend viele Mittel fließen den Kapitalanlagegesellschaften zu. Klingt doch eigentlich vielversprechend. Aber bei anhaltender Objektknappheit kann eine zu hohe Liquiditätsquote schnell zur Gefahr für die Investmentgesellschaften werden. Zum einen steigt der Zwang, Objekte zu überhöhten Preisen oder außerhalb der eigentlichen Risikorange zu erwerben, zum anderen drückt zu viel Liquidität auf die Performance.

Die meisten Fondsgesellschaften arbeiten daher seit geraumer Zeit mit Kontingenten. Sprich, sie legen Anfang des Jahres eine Summe x fest, die sinnvoll investiert werden kann. Bis zu dieser Summe können Anleger Fondsanteile erwerben, dann nicht mehr. Angesichts der steigenden Nachfrage griffen die Kontingente aber immer früher. Die Deka beispielsweise hat allein im Januar rund 800 Millionen Euro an frischen Geldern eingesammelt. Das ist echt nicht mehr weit bis zum festgesetzten Kontingent von 1,1 Milliarden Euro – wohl



schon im März, hieß es damals. Damit macht man sich aber weder bei den Kunden, noch bei den angeschlossenen Sparkassen beliebt, die ihre anlagensuchenden Kunden dann vertrösten beziehungsweise auf andere Anbieter ausweichen müssen.

Von daher ist die Entscheidung der Deka-Verantwortlichen, die Palette an offenen Immobilienfonds auszuweiten, richtig und konsequent. Erstmals wird dabei ein Fonds aufgelegt, der in die Anlageklasse „Wohnen“ investiert. Gespräche mit den Sparkassen hätten gezeigt, dass der Wunsch vieler Anleger nach dieser Assetklasse groß sei, so Thorsten Knappmeyer von der Deka. Für diese Vehikel geht die Deka eine Kooperation mit Swiss Life ein, die den Fonds auch verwalten wird. Der Fokus liegt auf modernen Wohnungen im mittleren Mietpreisniveau in europäischen Metropolen und Ballungsräumen.

Um Überschneidungen zu den bisherigen Produkten bestmöglich zu vermeiden – aktuell entfallen mit rund 90 Milliarden Euro über 90 Prozent des gewerblichen Immobilienvermögens der Deka auf Objekte in Europa – konzentrieren sich die beiden übrigen neuen Fonds auf außereuropäische Immobilienmärkte. So wird der eine offene Immobilien-Publikumsfonds weltweit und währungsgesichert in Gewerbeimmobilien in besonders dynamischen Metropolen investieren, der andere bietet erfahrenen Anlegern die Möglichkeit, sich an Immobilieninvestments im pazifisch-asiatischen Raum zu beteiligen. Aufgelegt werden die neuen Produkte Ende dieses und Anfang kommenden Jahres. Die Verantwortlichen rechnen mit einem gesamten Fondsvolumen durch die drei neuen Vehikel von rund 800 Millionen Euro, womit die Kontingente dann auf fast zwei Milliarden Euro ansteigen würden. Gut für die Anleger und die Sparkassen, aber natürlich auch gut für die Deka.

Börsen

Äquivalenz-Streit zwischen EU und Schweiz

Ein EU-Diplomat hat der Nachrichtenagentur Reuters mitgeteilt, dass die EU die Äquivalenz im Börsenhandel nicht verlängern werde. Damit könnte die Schweizer Börse ab 1. Juli 2019

die Anerkennung der Gleichwertigkeit mit EU-Standards verlieren. In der Folge dürften Investoren und Aktienhändler aus der EU keine Aktien mehr in der Schweiz erwerben. Das wäre für die Schweizer Börse ein schwerer Schlag, da mehr als die Hälfte des Börsenumsatzes aus der EU stammt. Davon ist allerdings wiederum mehr als die Hälfte aus London, das bald – oder zumindest irgendwann – nicht mehr zur EU zählt. In diesem Zusammenhang verwundert es nicht, dass die Schweiz darauf ebenfalls eindeutig reagiert. Ende Juni 2019 hat das Eidgenössische Finanzdepartement seine Bereitschaft bekräftigt, im Falle einer Nichtverlängerung der Äquivalenz-Regelung die Maßnahmen zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur zu aktivieren. Diese sollen den Handel mit Schweizer Aktien in der EU untersagen. Das Ziel ist klar: Es soll Druck aufgebaut werden vonseiten der Vermögensverwalter auf die Politik, da diese dann vorerst keine Aktien der Eidgenossen mehr handeln könnten. Auch der Handel mit Derivaten auf Schweizer Aktien in der EU könnte Probleme bekommen.

Jedoch sollte die Hängepartie um die Äquivalenz im Zusammenhang mit einer übergeordneten, noch größeren Hängepartie gesehen werden. Bereits seit mehreren Jahren verhandeln die Schweiz und die EU über ein Rahmenabkommen, um die Beziehungen insgesamt neu zu regeln. Es gibt dabei schon einen fertigen Vertragsentwurf, den die EU der Schweiz schon 2018 vorgelegt hat. Doch die Eidgenossen würden gerne einige Punkte nachverhandeln, ohne es so zu nennen, da die EU das kategorisch ausgeschlossen hatte. Dabei geht es um drei Streitpunkte: Die Unionsbürgerrichtlinie, die EU-Bürgern den Zugang zur Schweizer Sozialversicherung erleichtern soll, Bestimmungen zu staatlicher Beihilfe und den Lohnschutz. Doch die EU will sich – auch um kein falsches Signal nach London zu senden – nicht erweichen lassen. Auch aus der Schweiz wird wenig Kompromissbereitschaft signalisiert. Sobald dieser gordische Knoten durchschlagen ist, hätte sich auch das Problem mit der Äquivalenz-Regelung erledigt und es könnte wieder frei zwischen Schweizern und EU-Märkten Aktien gehandelt werden.

Doch das Beispiel Brexit hat gezeigt, dass sich bilaterale Verhandlungen endlos in die Länge ziehen können. Die Kompromissbereitschaft hat auf politischer Ebene abgenommen. Für die Schweizer Börsen wäre das keine gute

Nachricht, aber auch keine existenzbedrohende. Wie bereits erwähnt stammt ein maßgeblicher Teil des Handels aus der EU, davon aber wiederum der größte Teil aus London. Auch das ein Grund für die EU, nicht zu hart zu bleiben. Ansonsten wäre es nicht unwahrscheinlich, dass es zu bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und Großbritannien kommt und am Ende die EU in die Röhre schaut. Vielleicht ist es doch wieder so, dass nach langem und lautem Gezeter in letzter Sekunde noch eine Einigung erzielt wird. Oder es gibt in letzter Sekunde nochmal einen Aufschub, wie es ihn ja auch für London beim Brexit das ein oder andere Mal gab. Die Trump'sche Politik hat sich schleichend auch in Europa verbreitet. Es wäre schön, in der heutigen Zeit ein Signal der politischen Kultur zu bekommen und doch noch eine geräuschlose und konstruktive Einigung zu finden, wenn auch mal wieder erst in allerletzter Sekunde.

Kommunikation I

„Schwein gehabt“

Nicht nur Banker aus den obersten Reihen sollten ihre externe Kommunikation auf die Goldwaage legen, bevor sie in den Äther gelangt. Es gibt viele Beispiele in den letzten Jahren, welche immense Auswirkungen unbedachte Äußerungen haben können. Derzeit geistert wieder ein Paradebeispiel durch die Medien. Der Chefökonom der UBS-Vermögensverwaltungssparte Paul Donovan hat sich in einem Podcast über höhere Verbraucherpreise aufgrund einer sich in China verbreitenden Krankheit unter Schweinen geäußert: „Spielt das eine Rolle? Es ist wichtig, wenn du ein chinesisches Schwein bist. Es ist wichtig, wenn man gerne Schweinefleisch in China isst.“ Ein veritabler Shitstorm, vor allem aus China, ließ nicht lange auf sich warten. Zeitungen im Reich der Mitte ereifern sich und fühlen sich angegriffen. Ein chinesischer Broker soll laut Reuters bereits die Geschäftsbeziehungen zur UBS gekappt haben. Kurz darauf wurde die UBS von einem der größten staatlichen Infrastrukturunternehmen in China von einer Anleihenemission ausgeschlossen.

Damit hätte die Äußerung auch eine direkte pekuniäre Wirkung. Zudem wurde Donovan von der UBS nahegelegt, eine Auszeit einzule-

gen. Eine Entschuldigung und eine Klarstellung, dass er die Tiere und nicht die Menschen in China meinte, konnten den Sturm der Enttäuschung nicht mehr einfangen. Die Causa könnte für die UBS noch richtig teuer werden. Ausgerechnet in einer Zeit, in der die UBS den Fokus auch auf Wachstum in asiatischen Ländern setzen will. Auf China ruhen dabei natürlich besonders große Hoffnungen. Vielleicht beruhigen sich die chinesischen Medien wieder und für die UBS heißt es am Ende doch noch: „Schwein gehabt!“. Doch die Geschichte ist voll mit missverstandenen oder auch so gemeinten Äußerungen, die Kreditinstitute unter Druck brachten.

Beispiel Rolf Breuer. Der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Bank hat 2002 in einem Interview die Kreditwürdigkeit der Leo Kirch Mediengruppe in Zweifel gezogen. Das Unternehmen ist daraufhin tatsächlich zusammengebrochen. Kirch hatte Breuer seither für die Insolvenz verantwortlich gemacht. Die Erben des Medienmoguls sahen das ähnlich und prozessierten lange gegen die Deutsche Bank und bekamen letztlich vor Gericht auch Recht. Im Jahr 2014 einigten sich beide Parteien auf eine Zahlung von 775 Millionen Euro zuzüglich Zinsen und Kosten. Inklusiv aller juristischen Ausgaben dürfte diese Äußerung die Deutsche Bank insgesamt beinahe eine Milliarde Euro gekostet haben.

Beispiel Lloyd Blankfein. Zwar gab es keinen direkt messbaren finanziellen Schaden durch diese Äußerung des ehemaligen Vorstandsvorsitzenden, aber das Image der US-amerikanischen Investmentbank Goldman Sachs dürfte massiv gelitten haben, als er ausgerechnet in der Zeit, in der begonnen wurde, die Scherben der Finanzkrise zusammenzukehren, sagte: „Wir (die Banken. Anm. d. Red.) verrichten Gottes Werk.“ Es kann davon ausgegangen werden, dass der Imageschaden dieser Äußerung nicht nur Goldman Sachs betraf, sondern die Branche insgesamt. Daran änderte auch nichts mehr, dass auch Blankfein später versuchte, seine Äußerung zurückzunehmen. Da hörte niemand mehr zu.

Beispiel Hilmar Kopper. Das Urbeispiel von missglückter Kommunikation, das wohl jedem noch geläufig sein dürfte. Unbezahlte Handwerkerrechnungen in Höhe von 50 Millionen D-Mark bezeichnete der damalige CEO der Deutschen Bank 1994 öffentlich als „Peanuts“.



Auch wenn sie es natürlich im Vergleich zur Bilanzsumme und zu dem bei der Deutschen Bank selbst entstandenen Schaden durch die Schneider-Pleite tatsächlich waren, hat das Institut doch seitdem in breiten Bevölkerungsschichten das Image der Überheblichkeit, da es eben für die betroffenen Handwerker alles andere als „Peanuts“ waren.

Gerade in der heutigen Zeit, wo Zitate in Sekundenschnelle von Twitter und Co um die ganze Welt getrieben werden, sollten sich Bankmanager nur sehr wohlüberlegt äußern. Auch wenn Äußerungen inhaltlich richtig sind, sollte stets intensiv geprüft werden, wie die Aussagen von anderen Menschen interpretiert werden könnten. Das gilt nicht nur für die Exekutive, wie jetzt das Beispiel UBS gezeigt hat. Lieber Darlegungen einmal zu oft geprüft als einmal zu wenig. Eine falsche Wortwahl könnte schnell existenzgefährdend werden in dieser zur Hysterisierung neigenden Zeit der schnellen globalen Kommunikation.

Kommunikation II

Emsige DK

Als die Vertretung der kreditwirtschaftlichen Spitzenverbände in Deutschland noch als Zentraler Kreditausschuss (ZKA) firmierte, musste man unterjährig zeitweise den Eindruck haben, als konzentrierte sich die hiesige Branche mehr auf die Arbeit nach innen. Gemeinsame Verlautbarungen und Interessenbekundungen waren vergleichsweise selten. Die öffentliche Wahrnehmung der drei Sektoren beziehungsweise ihrer Bankenverbände bestand eher in einem ständig neu befeuerten Streit um eine Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Bankensektors als in gemeinsamen offensiven Positionen gegenüber der Politik in Berlin und Brüssel sowie den diversen internationalen Organisationen mit (unmittelbarem) Bezug zur Finanzwirtschaft.

Spätestens mit Beginn der Finanzkrise sind dann die privaten Großbanken in Deutschland wie auch weltweit stärker ins Blickfeld geraten. Hierzulande hat sich damit die genüssliche Debatte um eine Privatisierung der Landesbanken nach und nach abgeschwächt, zumal mit dem Ausscheiden der WestLB aus dem Markt, der Privatisierung der früheren HSH-Nordbank

und zuletzt der noch laufenden Neuordnung der Nord-LB sichtbar Bewegung in diesen Sektor gekommen ist.

Seit der Fortführung der Arbeit des ZKA unter dem ebenfalls recht sperrig klingenden Namen Deutsche Kreditwirtschaft vor knapp acht Jahren zeigen sich neue Konturen einer verstärkten Zusammenarbeit der kreditwirtschaftlichen Verbände. Es mag auch mit den veränderten Kommunikationsmöglichkeiten im Zeitalter der Digitalisierung, der Komplexität des Geschäftes einschließlich seiner regulatorischen Anforderungen und einer zunehmenden Verlagerung von Befugnissen auf die europäische Ebene zusammenhängen.

Aber wenn die größere Reaktionsgeschwindigkeit der Deutschen Kreditwirtschaft auf politische und aufsichtsrechtliche Entwicklungen ein Indiz für mehr inhaltliche Gemeinsamkeiten der fünf großen deutschen Bankenverbände ist, dann hat sich in den vergangenen Jahren ein sichtbarer Wandel vollzogen. Allein in der ersten Junihälfte 2019 gab es vier Stellungnahmen der DK, und zwar zum IDW-Entwurf zur Bildung von Pauschalwertberichtigungen im HGB, zum Referentenentwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften, zur nationalen Umsetzung der EBA-Leitlinien zu Art. 128 CRR und zum Referentenentwurf zur Umsetzung der Fünften Geldwäsche-Richtlinie der EU. Hinzu kommen fünf weitere Stellungnahmen aus dem Mai 2019, eine aus dem April und drei aus dem März dieses Jahres. Und Stand Mitte Juni sind im Verlauf des Jahres teils flankierend zu den Stellungnahmen und teils isoliert davon zusätzlich 13 Pressemitteilungen veröffentlicht worden, Ende Mai unter anderem zur Aktivierung des antizyklischen Puffers durch die BaFin nach Empfehlung des Ausschusses für Finanzstabilität (AFS).

Die Aktivitäten der DK beanspruchen mittlerweile in alle fünf Verbänden einen festen Expertenpool, der die laufenden Entwicklungen zeitnah verfolgt und rasch reagieren kann. Und die Federführung der DK, derzeit beim Bundesverband der deutschen Banken, lässt sich längst nicht mehr als nebensächliche Pflichtübung bewältigen. Bei aller Skepsis hinsichtlich der Zukunft der europäischen Idee darf man die Emsigkeit der DK auch als Indiz dafür werten, dass Europa trotz aller Unkenrufe doch mehr und mehr zusammenwächst.